

"Die Menschen sollten sich einmischen" : Interview mit der Wohnfachfrau Anne Burri

Autor(en): **Omoregie, Rebecca**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **81 (2006)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-107443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Interview mit der Wohnfachfrau Anne Burri

«Die Menschen sollten sich einmischen»

Sie ist Expertin für die «weichen» Faktoren des Wohnens. Für ihre Anliegen – Mitspracherechte, eine partnerschaftliche Verwaltungskultur, bedürfnisgerechte Wohnformen – setzt sich Anne Burri jedoch sehr resolut ein. Ihr Büro für soziale Arbeit in Basel hat schon viele Baugenossenschaften bei der Entwicklung von geeigneten Wohnmodellen beraten.



Wohnen: Frau Burri, Ihre Firma nennt sich Büro für soziale Arbeit, Sie sind ursprünglich auch Sozialarbeiterin. Daneben wurden Sie auch schon als Wohnspezialistin bezeichnet. Was machen Sie genau?

Anne Burri: Von der Herkunft her bin ich tatsächlich Sozialarbeiterin, auch wenn ich in interdisziplinären Gremien oft als Soziologin bezeichnet werde. Ich verstehe Sozialarbeit in einem ganzheitlichen Sinn: Mir geht es um soziale Bezüge und um die Qualität dieser Bezüge. Meine Arbeit besteht in der Vermittlung zwischen verschiedenen Interessensgruppen, sei dies nun in einer Siedlung, in einem Quartier oder in einem Strassenraum.

Wie sind Sie von der Sozialarbeit zum Büro für soziale Arbeit gekommen?

Das hat sich mehr oder weniger zufällig ergeben. Ich habe jahrelang «klassische» Sozialberatungsarbeit gemacht, ich habe zum Beispiel mit drogenabhängigen Jugendlichen gearbeitet. Dabei hat mich nie nur der individuelle Fall interessiert, sondern immer auch der Bezug zur Umwelt, in der diese Leute wohnen oder arbeiten. So bin ich automatisch zu generellen gesellschaftlichen Fragen des Wohnens, des Wohnumfelds gekommen. Die Trägerschaften, für die ich gearbeitet habe, hatten dafür allerdings nicht immer Verständnis. Deshalb habe ich mich selbständig gemacht.

Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Meine Auftraggeber stammen zum grössten Teil aus dem Bereich Wohnen und Stadtentwicklung oder aus dem sozialen Bereich. Das hängt mit dem ersten Projektauftrag zusammen, mit der Basler Siedlung «Im Davidsboden». Für die damalige «Modellsiedlung» wurden wir beauftragt, ein Wohnkonzept zu entwickeln. Bei diesem Projekt war ein Ansatz enthalten, der mir zeitlebens sehr wichtig war: derjenige der Partizipation.

Warum ist Ihnen Partizipation wichtig?

Eigentlich aus einer politischen Einstellung heraus. Ich habe Horror vor einem obrigkeitsgesteuerten Dasein. Denn ich denke, dass sich die Menschen in dem Umfeld, in dem sie leben, wohnen oder arbeiten, auch mit ihren Interessen oder Bedürfnissen einmischen sollten. Es braucht einen Raum, wo man die eigenen Anliegen vertreten, sich mit anderen austauschen und so eine gewisse Kommunikations- und Streitkultur entwickeln kann.

In welcher Form ist Partizipation beim Wohnen möglich?

Es ist für jedes Planungsvorhaben, sei es in der Stadtentwicklung oder in der Siedlungsentwicklung, sinnvoll, die Betroffenen nach ihren Bedürfnissen zu fragen. Beim Wohnen gibt es ganz viele verschiedene Modelle und Organisationsformen, wie sich eine meist bunt zusammengewürfelte Bewohnerschaft in ihrem Umfeld beteiligen kann. Im Davidsboden zum Beispiel sind die einzelnen Treppenhäuser als eigenständige Vereine organisiert und haben ihre eigenen Statuten erarbeitet. Bis heute gilt dieses Prinzip erstaunlicherweise immer noch. Es ist aber auch möglich, einfach

so genannte Hausgemeinschaften zu bilden, in denen gemeinsam eine «Hausordnung» bestimmt wird.

Was, wenn die Bewohner sich gar nicht einbringen möchten oder können?

Es gibt immer einen Teil der Mieterschaft, der eher passiv ist. Das finde ich nicht weiter schlimm. Die Erfahrungen zeigen, dass diese Beteiligungsformen nicht allen gleich wichtig sind beziehungsweise wohnbiographisch eine spezifische Bedeutung haben. Es gibt Wohnphasen, wo sie wichtig sind, etwa für junge Familien. Andere, zum Beispiel berufstätige Alleinlebende, die viele Aussenbeziehungen pflegen, haben kein grosses Interesse, jedes einzelne Detail einer Siedlungsgestaltung mitzubespochen.

Inwiefern sollten solche Aspekte bereits bei der Planung eines Bauprojekts berücksichtigt werden?

Das wäre eigentlich der Idealfall. Ein Bau sollte die Wohnbedürfnisse von verschiedenen Zielgruppen möglichst flexibel aufnehmen und vielfältige Wohnformen erlauben. Das betrifft vor allem Grundrisse und Aussenräume. Menschen im Rollstuhl oder mit ▶

Zwillingskinderwagen sollten den Lift benutzen können. Genügend Stauräume und Abstellplatz für Dinge wie Kindervelos oder Gehhilfen sollten eingeplant werden.

Sie haben auch den Aussenraum erwähnt. Was ist hier wichtig?

Wenn möglich sollten unterschiedliche Bereiche für verschiedene Bewohnergruppen ausgebildet werden. Wo können Kinder spielen, welches werden eher ruhige Zonen? In Basel gibt es eine Siedlung mit einem eigentlich sehr innovativen Wohnmodell: Ein Teil der Wohnungen ist für Alterswohnen reserviert, ein Teil für Familienwohnungen, wobei eine Familie jeweils auch noch für die betagte Nachbarin auf demselben Stockwerk sorgt. Nun hat man im Innenhof genau unter den Alterswohnungen einen Sandkasten und Spielgeräte für Kleinkinderaufgestellt. Sie können sich vorstellen, was dort geschieht: Die alten Bewohner regen sich über den Kinderlärm auf. Und die Familien, die eine betagte Person betreuen, deren Kinder auf dem Spielplatz unterwünscht sind, fühlen sich mit ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen.

Was empfehlen Sie in einem solchen Fall?

Man müsste wahrscheinlich bauliche Eingriffe vornehmen, den Kinderspielplatz versetzen, gartengestalterisch etwas anderes machen. Aber nicht nur das. Es braucht auch eine Verwaltungskultur, die Raum schafft, um solche Konflikte auszutragen. Dazu bieten sich verschiedene Möglichkeiten, wie zum Beispiel ein Sammelbriefkasten oder einmal pro Monat eine gemeinsame Aussprache als «Chropfleerete».

Es reicht also nicht, einfach nur die baulichen Strukturen bereitzustellen?

Nein. So wie es auch nicht ausreicht, einfach gemeinschaftliche Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Von alleine entstehen meist keine gemeinschaftlichen Aktivitäten.

Was braucht es denn noch?

Es braucht eine Absichtserklärung seitens der Verwaltung. Wenn deklariert ist, was man bezweckt, was möglich und erwünscht ist, dann trauen sich die Bewohner auch eher, ihre Ideen einzubringen. Ausserdem benötigt es eine neue Form der Kommunikation. Die Liegenschaftsverwaltungen sind dafür geschult, mit einzelnen Mietparteien umzugehen. In der Regel ist das eine Einwegkommunikation: Die Verwaltung richtet sich an die einzelnen Mieter oder die Mieter reklamieren. In partizipativen Modellen muss man neue Umfangsformen mit der Mieterschaft finden, auch mit Gruppen von Bewohnern sprechen.

In Wohnbaugenossenschaften sind diese partizipativen Strukturen ja in der Regel vorhanden. Doch dort wird darüber geklagt,

dass sich die Bewohnerschaft zu wenig engagiert.

Genossenschaftsstrukturen sind historisch gewachsene Strukturen. Und wie andere historisch gewachsene Strukturen taugen sie vielleicht nicht mehr so gut für das Jahr 2006. Sie bringen eine Verbindlichkeit mit, die viele Menschen heute einfach nicht mehr eingehen können. Manche Bewohner möchten sich vielleicht nur sporadisch beteiligen und sich nicht gleich für eine bestimmte Dauer in ein Gremium wählen lassen.

Würde es denn funktionieren, wenn man das alles nach dem Lustprinzip organisierte?

Ich denke schon. Weil dann das Interesse der Motor ist. Man kann zum Beispiel Arbeitsgruppen schaffen, die einen gewissen zeitlich begrenzten Auftrag haben. Dies wäre eine neue Form einer Verpflichtung auf Zeit, themen- und projektbezogen.

Wird Ihre Beratung in der Regel rechtzeitig in Anspruch genommen oder machen Sie eher «Troubleshooting», wenn es nicht funktioniert?

Es gibt beides. Oft werde ich auch kontaktiert, wenn Renovationen anstehen, da braucht es viel Kommunikation. Wie zeigt man die Konsequenzen auf, wie informiert man über die baulichen Varianten mit Vor- und Nachteilen? Ich habe zum Beispiel eine Genossenschaft beraten, die vor einer grösseren Erneuerung stand. Da ging es darum, den Genossenschaftlerinnen bewusst zu machen, dass sie nicht nur Mieterinnen, sondern auch Besitzerinnen sind, dass sie auch die Verantwortung für die Gesamtgenossenschaft mittragen und nicht nur für die eigene Wohnung.

Das sind ja immer sehr individuelle Situationen. Gibt es dennoch Tipps, die Sie unseren Lesern mitgeben können?

Es ist eine grundsätzliche Frage des Kommunikationsstils, wie man etwas transparent macht. Bei Projekten, die Konfliktstoff beinhalten, haben die Verantwortlichen vielfach Angst vor diesem Konflikt und versuchen, ihn möglichst lange zu verschweigen – in der Hoffnung, dass niemand etwas davon bemerkt. Es ist besser, Probleme zu benennen, anstatt sie unter den Tisch zu wischen oder nur ungenau anzusprechen. Ausserdem ist es von Vorteil, den Betroffenen gewisse Variationsmöglichkeiten zu bieten, auch wenn diese noch so klein sind.

Neben Bauprojekten und Renovationen beraten Sie Liegenschaftsbesitzer auch bei Nachbarschaftskonflikten. Man hört oft, diese Konflikte hätten zugenommen oder sich zugespitzt. Ist das auch Ihr Eindruck?

Ich glaube nicht, dass sie sich sehr zugespitzt haben. Sie manifestieren sich nur manchmal ein bisschen krasser. Oft bestehen Unverträglichkeiten von Mietparteien im selben Haus.

Früher galt oft die These «je gemischer, desto besser». Mittlerweile finde ich, man sollte das Thema der Durchmischung sehr differenziert anschauen. Je nach Bauweise, nach Grundrisstrukturen und Umgebungsqualität macht es vielleicht mehr Sinn, einen eher ruhigeren und einen eher lärmigen Teil einer Siedlung auszubilden. Oder in einem Hausteil verschiedene Migrationsfamilien aus demselben Herkunftsland wohnen zu lassen. Ich glaube nicht, dass man damit gleich ein Getto schafft, dieser Begriff wird ohnehin missbraucht.

Beraten Sie Bauträger auch in dieser Hinsicht?

Ja. Was ich nicht empfehle, sind Quotenregeln. Gewisse Liegenschaftsbesitzer haben aus irgendeinem Grund einmal eine Quote erfunden, zum Beispiel 20 oder 25 Prozent Ausländeranteil, davon höchstens zwei Mietparteien aus demselben Herkunftsland im gleichen Haus. Warum eigentlich? Was mehr Sinn macht, ist nach der Wohnkompetenz der Menschen zu unterscheiden.

Was hat sich beim Wohnen in den letzten Jahren verändert?

Was sich ganz extrem verändert hat, ist der Anspruch an Platz. Die heutigen Mieter beanspruchen in der Regel unglaublich viel Raum.

Haben Sie eine Erklärung dafür?

Ich weiss nicht, weshalb das so ist. Vielleicht sind die Menschen sonst schon so bedrängt im Alltag, dass sie in den eigenen vier Wänden einfach Platz haben müssen. Auf diese Bedürfnisse antworten zu können und einen finanziellen Rahmen einzuhalten, den sich eine Mehrheit leisten kann, ist eine schwierige Herausforderung. Denn ein grosser Teil auch des Mittelstandes kann heutige Neubaupreise nicht mehr problemlos bezahlen.

In Zürich wurden im Rahmen des Programms «Wohnen für alle» viele grosszügige Familienwohnungen gebaut. Doch die haben ihren Preis.

In Basel konnten wir kürzlich für die Neuüberbauung einer gemeinnützigen Stiftung ein Mietzinsmodell entwickeln, das individuell angepasste Mietzinse ermöglicht.

Eine Quersubventionierung also?

Quersubventioniert, ja. Ein Teil durch die Stiftung, ein Teil durch diejenigen Bewohner, die eine Kostenmiete bezahlen können. Die Mieter sollten maximal 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen. So gibt es Mietparteien, die pro Quadratmeter anstatt 19 nur 12 Franken zu bezahlen haben. Auf diese Weise können sich auch Familien mit einem mittleren Verdienst eine grosszügige Wohnung leisten.

INTERVIEW: REBECCA OMOREGIE